Beschluss (vorläufig) Für eine gesunde, klima- und tiergerechte Ernährung

Antragsteller*in: Thorben Thieme (KV Neuwied)
Tagesordnungspunkt: 6 Anträge II

Antragstext

Eine pflanzenbetonte Ernährung ist in der Regel gesünder, umwelt- und klimaschonender und eine Voraussetzung für mehr Tierschutz. Werden pflanzliche Lebensmittel ökologisch erzeugt, kann damit ein wichtiger Beitrag für die Förderung der Biodiversität erreicht werden.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN setzt sich daher auch in Rheinland-Pfalz für eine gesunde, klima- und tiergerechte Ernährung ein. Bereits aktive Projekte der Ernährungsbildung in Rheinland-Pfalz finden wir deshalb sehr unterstützenswert. Beispiele hierfür sind die Initiativen „Rheinland-Pfalz isst besser“ oder „Her mit dem Gemüse“. Zudem können sich Schulen und Kindertagesstätten zertifizieren lassen, um die Gesundheit und die Ernährungsbildung unserer Kinder zu verbessern („3-Sterne-Schule“, „Ernährungskita“). Doch eine gesunde Ernährung lässt sich nicht allein durch Bildungsprojekte stärken. Grundsätzlich gilt in Deutschland für Lebensmittel, die dem Bereich der Grundnahrungsmittel zugeordnet werden, der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent. Dies regelt § 12 des Umsatzsteuergesetzes. Anlage 2 zu § 12 enthält eine Liste von Produkten, die dem ermäßigten Steuersatz unterliegen. Hierzu gehören bspw. Zucker, Mehl, Kartoffeln, Gewürze, Gemüse und Obst, Tee und Kaffeebohnen oder -pulver, Nüsse, tierische Milch und tierische Milchprodukte wie Käse, Quark, Butter sowie Fleisch, Fisch, rohe Eier und Honig. Der Bürgerrat für Ernährung hat bereits vor längerer Zeit sinnvolle Empfehlungen für eine bessere Ernährung [1] erarbeitet und auch die Ernährungsstrategie des Bundes formuliert wichtige Ziele. Wir GRÜNE wollen insbesondere Folgendes umsetzen:

1. Wir GRÜNE Rheinland-Pfalz setzen uns für eine Reform auf Bundesebene ein. Wir wollen das Mehrwertsteuersystem (bei Nahrungsmitteln) einfach, sozial und nachhaltig gestalten, indem wir Nahrungsmittel besserstellen, die dem Tier-, Natur-, Klima- und Umweltschutz dienlich sind. Dies kann auch einen Beitrag zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung leisten (im Zuge des Bundesprogramms zum Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung) sowie Landwirt*innen unterstützen, die von der Tierhaltung auf die Produktion und Verarbeitung innovativer, klimafreundlicher Lebensmittel umstellen wollen (im Rahmen des Chancenprogramms Höfe, der Eiweißpflanzenstrategie des Bundes usw.).

2. Dazu schlagen wir vor, die Mehrwertsteuer für bestimmte Produkte abzusenken: 0% Mehrwertsteuer für pflanzliche und aus Pilzen erzeugte Nahrungsmittel, welche ausschließlich zertifiziert biologisch sind; 7% Mehrwertsteuer für ausschließlich zertifiziert biologisch erzeugte Nahrungsmittel, die nicht unter die 0% Mehrwertsteuer fallen, und für pflanzliche und aus Pilzen erzeugte Nahrungsmittel, die nicht

ausschließlich zertifiziert biologisch sind oder konventionell erzeugt sind.

3. Somit machen wir uns auf Bundesebene dafür stark, pflanzliche und gering verarbeitete Alternativprodukte, die ein Äquivalent zu einem tierischen Lebensmittel der Grundnahrungsmittel darstellen, nur noch mit dem ermäßigten Steuersatz von sieben Prozent zu besteuern.

4. Wir unterstützen die Erforschung, Entwicklung, Zulassung, Skalierung und Integration moderner Fermentationsverfahren und Zellkultivierung in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten zur Entwicklung nachhaltigerer Lebensmittel in Rheinland-Pfalz.

5. In allen Kantinen des Landes, seiner Behörden und Einrichtungen sowie bei co-finanzierten Einrichtungen geben wir künftig bei der Vergabe die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) verbindlich vor und lassen eine DGE-Zertifizierung durchführen. Zudem wird ein Stufenplan für einen steigenden Bioanteil festgelegt. An allen Verpflegungstagen soll jeweils mindestens eine vollwertige pflanzliche (vegane) Alternative angeboten werden.

6. Wir sorgen hierbei dafür, dass pflanzliche Gerichte oben auf der Speisekarte stehen und das günstigste Gericht pflanzlich ist.

7. Diese Ziele lassen wir in unsere GRÜNE Ernährungspolitik in Rheinland-Pfalz einfließen. Wir stärken unter anderem das Programm „Rheinland-Pfalz isst besser“ und den landeseigenen Ökoaktionsplan. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass unsere Koordinations- und Beratungsstellen für Ernährung auf Landesebene bestehen bleiben und ihre wertvolle Arbeit vollumfänglich weiterführen können. So setzen wir Anreize, dass diese Ziele auch auf kommunaler Ebene umgesetzt werden.

[1] https://dserver.bundestag.de/btd/20/103/2010300.pdf

Begründung

Aktualisierte Fassung des Antrags A-3. Hier wurden alle Änderungsanträge in modifizierter Form übernommen.

Unterstützer*innen

Mathilda Quiske (KV Neuwied); Joachim Schmidt (KV Neuwied); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Sandra Wolf (KV Neuwied); Susanne Pithan (KV Kaiserslautern); Joachim Janas (KV Mainz-Bingen); Christine Fauß (KV Kaiserslautern); Ole Menzel (KV Mainz); Josianne Paganetti (KV Neuwied); Jan Loebe (KV Neuwied); Gunnar Mues (KV Neuwied); Heinrich Münz (KV Neuwied); Teodora Esposito (KV Rhein-Hunsrück); Paulina Spanier (KV Rhein-Hunsrück); Alina Münz (KV Neuwied)